

# **Stand der Diskussion um den Leitbild-Entwurf der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg**

Potsdam, den 16. August 2007

Dieses Papier spiegelt den Stand der Diskussionen um den Leitbild-Entwurf nach fünf Regionalkonferenzen, zwei Fachkonferenzen und Gesprächen mit Parteimitgliedern und kommunalen Mandatsträger, Bürgermeister und Landräten sowie Vertretern von Verbänden und interessierten Menschen wider.

Der Diskussionsstand ist nach allgemeinen Bemerkungen zum Dialog sowie zum Leitbild und nach speziellen Änderungswünschen zu den einzelnen Kapiteln zusammengefasst.

## **Allgemeine Bemerkungen zum Dialog**

Die Art und Weise, wie die Regionalkonferenzen stattfanden, wurde zumeist positiv bewertet. Sie verstärkten die Vernetzung des politischen Wirkens innerhalb der Parteistrukturen. Kritisiert wurde manchmal die ungenügende Redezeit für die Teilnehmer

Der Dialog um das Leitbild kann eine gemeinsame Identität der neuen Linken bilden. Die Debatten zum Leitbild wurden als eine gute Vorarbeit für die kommenden Wahlen 2008 und 2009 angesehen. Zum „Jahr des Dialogs“ gab es Nachfragen hinsichtlich Ablauf, Zielen, Diskussionsschwerpunkten und Verfahren.

Recht viele Teilnehmer an den Regionalkonferenzen und Fachtreffen waren noch nicht davon überzeugt, dass ihre kritischen Beiträge und Veränderungsvorschläge zum Leitbild wirklich ernst genommen und redaktionell berücksichtigt werden. Es ist notwendig, noch im Laufe dieses Jahres die redaktionelle Arbeit am Leitbildentwurf zu dokumentieren und in überzeugender Weise als Ergebnis des Dialogs darzustellen.

Da vereinbart ist, während dieses Jahres keine vorläufigen Änderungen am Text des Leitbilds vorzunehmen, um nicht mit unterschiedlichen Bearbeitungsständen und verwirrenden Textunterschieden hantieren zu müssen, sondern die Endredaktion in einem Schritt zu erledigen, kann die zwischenzeitliche redaktionelle Arbeit nur dokumentiert werden, indem die aufgeworfenen Fragen, Hinweise und Anregungen gesammelt und in dialogischer Form (Rede und Gegenrede der Diskussionsteilnehmer) dargestellt werden.

## **Reaktionen auf das Leitbild**

Der vorliegende Leitbildentwurf fand als Diskussionsgrundlage breite Zustimmung. Es besteht ein tragfähiger Konsens darüber, dass die Linke mit dem Leitbild auf dem richtigen Weg ist.

Zu den politischen Inhalten, zur Struktur und zum Duktus des Papiers gab es im Grundsätzlichen wie auch im Einzelnen neben Zustimmung auch (zum Teil sehr prinzipielle) Kritik, verbunden mit allgemeinen und konkreten (teils wörtlichen) Veränderungsvorschlägen.

Die – im weitesten Sinne – formalen Kritikpunkte und Anregungen betrafen folgende, durchaus kontrovers diskutierte Sachverhalte:

- Der Adressat des Leitbilds soll die breite Öffentlichkeit sein. Hierfür müssen die politischen Alleinstellungsmerkmale der Linken gegenüber der Regierungspolitik prägnanter herausgearbeitet werden, insbesondere in den Kernbereichen Wirtschaftsförderung (Zukunftsbranchen), Landesentwicklung (Zentren), Bildung (Schule/Hochschule): „Wo sind unsere neuen Konzepte, um das Land zu verändern?“
- Der methodische Ansatz, jedes Kapitel nach Zustandsanalyse, Zielvision, Strategiebestimmung und Handlungsorientierung zu gliedern, wurde unterstützt. Nicht selten wurde gefordert, Probleme und Konflikte klarer zu benennen, Ziele und Forderungen konkreter zu erläutern, damit der Entwurf auf mehr Resonanz bei Parteibasis und Öffentlichkeit stößt: „Um die Massen zu erreichen, müssen wir deutlicher sagen, was wir wollen!“
- Mit Absicht formuliert das Leitbild einen Gestaltungsanspruch für eine aktive Landespolitik, die sich vom Tun der heutigen Regierung deutlich unterscheidet. In der Diskussion gab es sowohl die Forderung nach einem inhaltlich radikalen Bruch mit der gegenwärtigen Politik als auch den Wunsch nach einem Leitbild, das eine realistische (also bescheidenere) Vorstellung über die Wirkungsmacht von Landespolitik vermittelt: „Welche Probleme können wir lösen und welche bleiben übrig?“.
- Das Papier ist häufig als zu lang empfunden worden. Es gab Vorschläge, es zu straffen. Nicht jedes Problem sollte in das Leitbild aufgenommen werden. Andererseits gab es immer wieder Vorstöße zur Aufnahme weiterer Themen (siehe unten).
- Bemängelt wurde auch die Unausgewogenheit der Aussagen in den einzelnen Kapiteln. Manche Passagen beinhalten sehr konkrete Vorschläge (die ggf. schnell veralten), andere schienen zu abstrakt, um politische Wirkung zu erzielen. Mehrfach wurde vorgeschlagen, das Leitbild mit konkreten Projekten interessanter zu machen.
- In den Medien und im öffentlichen Diskurs wurde die Sprache des Papiers positiv aufgenommen. Auf den Regionalkonferenzen wurde der Gebrauch vieler Fremdwörter und komplizierter Textpassagen bemängelt, die Verständnis und Debatte erschweren.
- Einige Male wurde mehr Mut in der Formulierung angemahnt. Vorschläge sollten nicht im Konjunktiv daher kommen, sondern eine klare Ansage beinhalten: „Das wollen wir! Und auf diesem Wege kommen wir dahin!“
- Manche Diskutanten wünschten sich einen optimistischeren Grundtenor, der besonders die Aktiven in unserer Gesellschaft anspricht. Dazu gehört, den wirtschaftlichen und technologischen Wandel in erster Linie als Chance für Erneuerung zu begreifen und Lust auf Veränderung zu machen (ohne in flachen Medienhype zu verfallen). Also, etwas mehr Fortschrittsgedanke!
- In jeder Darstellung ist es hilfreich, Sinn und Aufgaben eines Leitbilds zu erklären und damit auch eine Abgrenzung zu Parteiprogramm, Regierungsprogramm oder Landesentwicklungsplanung vorzunehmen.

Breite Unterstützung fanden die Aussagen zur Selbstbestimmung der Regionen, zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen sowie zum bürgerschaftlichem Engagement. Die Einwürfe zur ideellen Grundrichtung und zu den politischen Inhalten des Leitbilds konzentrierten sich auf Gesellschaftsmodell, DDR-Geschichte, Rechtsradikalismus, Landesplanung (Regionen, zentrale Orte, Verwaltungsstruktur, Stadt und Land), Wirtschaft(sförderung) und das Verhältnis zu Berlin. Darüber hinausgehende föderale, europäische und internationale Themen wurden selten angesprochen (abgesehen von der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit). Schulbildung wurde des öfteren thematisiert. Universität, Hochschule und Forschung spielten kaum eine Rolle. Kultur spielte in der Debatte nur eine Nebenrolle.

- Zum einen spricht die Diskussion zu den politischen Inhalten einige inhaltliche Defizite des Leitbildentwurfs an, die im Laufe der redaktionellen Überarbeitung durch Ergänzungen und Konkretisierungen ohne größere Probleme oder Konflikte behoben werden können. So könnte der Text durch einzelne konkrete Vorschläge (etwa Mindestlohn, freie Bildung) angereichert werden.
- Zum anderen widerspiegelt die Diskussion das Meinungsspektrum und den politischen Prozess innerhalb der Linken. Hier stehen weitere konzeptionelle Klärungen an. (z.B. demokratischer Sozialismus, Landesentwicklungsplanung, Verwaltungsstrukturen).

Der zentrale Begriff des Leitbilds ist Teilhabe (in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens). Offenbar fand dieser Ansatz große Akzeptanz, denn es gab hierzu keine kritischen Meinungsäußerungen. Als Herausforderung bleibt, diese zentrale Idee als Projekt für die Zukunft zu formulieren, das die Eliten aktiviert und die Öffentlichkeit mobilisiert.

Einige Male wurde die Frage diskutiert, ob im Leitbild die wirklich wichtigen Themen bzw. alle wichtigen Themen der Landesentwicklung angesprochen sind. Trifft die vorgeschlagene politische Agenda den Nerv der Gesellschaft? Haben wir die Themen so gestellt und so formuliert, dass sich die Menschen im Land angesprochen und aktiviert fühlen, weil es sich um ihre Lebensinteressen handelt? Sind die großen landespolitischen Themen konkret genug in die lebensweltliche Ebene der Bürgerinnen und Bürger übersetzt worden?

Eine ganze Reihe von Vorschlägen betrifft die Themenauswahl, und zwar ausschließlich im Sinne der Aufnahme weiterer Themen:

- Krise und Verteidigung des Rechtsstaats, Stärkung der öffentlichen Sicherheit
- Ein Katalog zur Daseinsvorsorge (gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen)
- Eine Konkretisierung der Branchenkompetenzfelder (Zukunftsbranchen)
- Kampf gegen den Rechtsextremismus
- Integration von Ausländern bzw. Menschen mit Migrationshintergrund
- Gesundheitswirtschaft als Zukunftsbranche und Potenzial für Brandenburg
- Klimawandel als große Herausforderung. Strategien und Handlungsschwerpunkte
- Situation der Behinderten, Handlungsbedarf und Politik
- Sport und Freizeit

Hierzu ist ein weiterer Diskussionsprozess vonnöten, um die zentralen Themen von den weniger wichtigen bzw. nicht in sein solches Leitbild gehörenden Inhalten zu unterscheiden.

Darüber hinaus wurden auch Einzelfragen angesprochen, die im Leitbild verankert werden sollten, wie etwa die Thematik „Freie Heide“, der Flughafen BBI als landespolitische Fehlentwicklung, die Rolle der Freiwilligen Feuerwehr im Lande oder die Bedeutung der Bienenzucht für das ökologische Gleichgewicht.

## Fragen und Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln

Zum Titel des Leitbilds gab es nur wenige Veränderungsvorschläge. Der Covertitel erwies sich als tragfähig. Einmal wurde vorgeschlagen, den Solidaritätsbegriff aufzunehmen: „Dialog für ein Brandenburg der *solidarischen* Regionen“. Der Innentitel („Für ein solidarisches und zukunftsfähiges Brandenburg“) ist seltener wahrgenommen worden.

### In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Von Beginn an (Parteitag in Cottbus) gab es innerhalb der Linken immer wieder Stimmen, die eine radikalere Systemkritik einforderten und darauf drängten, die angestrebte Gesellschaft klarer als sozialistische Gesellschaft zu definieren, die einen prinzipiellen Bruch mit dem kapitalistischen System vollzogen hat. („Braucht es nicht einen grundsätzlichen Wandel in Politik und Wirtschaft, bevor die beschriebenen Werte gelebt werden können?“). Oft wurde in diesem Zusammenhang die Sorge artikuliert, dass sich die Linke im praktischen Handeln nicht mehr prägnant von der SPD unterscheidet und damit keine wirkliche politische Alternative darstellt.

In den Medien wurde das Kapitel kaum erwähnt, wahrscheinlich als notwendiges ideologisches Dach abgebucht, aber auch nicht durch den Kakao gezogen (keine Verdikte wie „sozialistische Wärmestube“, „Rächer der zu kurz gekommenen“ ect.). Seitens der Dialogpartner außerhalb der Partei (Verbandsvertreter, Kommunalpolitiker) wurden manche Ideen und Formulierungen durchaus mit Sympathie betrachtet.

### Zur Geschichte (Woher kommen wir? / Bilanz seit 1990)

Interessanterweise gab es zu den historischen Wurzeln des Landes Brandenburg, inklusive der Ahnengalerie und der Darstellung des zwiespältigen preußischen Erbes keinerlei Einwürfe. Offenbar besteht hier ein breiter Konsens.

Demgegenüber birgt die DDR-Geschichte weiterhin ein Konfliktpotential. In den Medien wurde die Darstellung der widerspruchsvollen Bilanz einige Male mit eher positivem Unterton am Rande erwähnt. Aus der Partei heraus wurden mehrfach Vorbehalte gegenüber den kritischen Passagen (undemokratischer Charakter ect.) geübt. Im direkten Gespräch mit den Kritikern gibt es dann aber auch wieder viel Nachdenklichkeit. Eine deutliche Mehrheit kann sich mit den Aussagen des Leitbilds zur DDR identifizieren.

Zur Bilanz der Entwicklung seit 1990 gab es kontroverse Meinungen:

- Mehrfach wurde eine klare Positionierung zur De-Industrialisierung angemahnt („DDR Wirtschaft wurde kaputtgemacht“; „Verbesserte Umweltsituation nach der Wende war Folge der De-Industrialisierung“).
- Zugleich wurde eine konsequentere Abrechnung mit der Landespolitik gefordert, insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung, der öffentlichen Haushalte, der Landesentwicklungsplanung und der Bildung („Standards der Kinderbetreuung sind gar nicht so gut“).

Diese Frage gehörte jedoch nicht zu den Schwerpunkten der Diskussion.

## **Gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen**

Der Grundansatz, dass in vielfältigen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse nicht gleichartige Lebensverhältnisse sind, fand breite Zustimmung. Als nächster Schritt steht die schwierige Aufgabe an, den Grundkanon gleichwertiger Lebensverhältnisse zu bestimmen. Was gehört, unabhängig vom Ort, zur Substanz der öffentlichen Daseinsvorsorge? Was kann nur noch in zentralen Orten angeboten werden?

Ebenfalls bestand in der Diskussion Konsens zum landesplanerischen Leitbild von Brandenburg der Regionen, das der Berliner Sicht der Metropolenregion gegenüber gestellt wird. Die Landespolitik ist für regionale Chancengleichheit verantwortlich („Die Zukunft einer Region darf sich nicht dadurch definieren wie weit sie von Berlin entfernt ist“; „Landesentwicklung darf sich nicht nur auf einen Raum konzentrieren, sie muss ganz Brandenburg im Fokus haben“).

Die Idee, dass die unterschiedlichen Regionen jeweils maßgeschneiderte Konzepte brauchen, die genau auf ihre jeweiligen Bedingungen abgestimmt sind (anstelle eines zentralistischen Ansatzes für alle Landesteile), sollte unbedingt in das Leitbild aufgenommen werden.

Zu den Strukturen für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge in immer dünner besiedelten Räumen zeichneten sich in der Debatte drei grundsätzliche Positionen ab:

- Das Zentrale-Orte-System soll bleiben wie es ist, einschließlich der Grundzentren
- Die Zahl der Zentralen Orte sollte reduziert werden
- Wir brauchen einen Systemwechsel mit einem dezentralen Versorgungsnetz auf der Grundlage der bereits bestehenden, und vielfach neuen bzw. erneuerten Einrichtungen.

Bis zur Endredaktion soll hier eine Klärung erfolgen, zumal in der öffentlichen Diskussion hierzu konkrete Positionen erwartet werden.

## **Demokratische Teilhabe: Schlüssel für zukunftsfähiges Gemeinwesen**

Zum Kapitel über die demokratische Teilhabe kamen nur wenige Einwürfe und Vorschläge. Bemängelt wurde, dass Aussagen zur Wirtschaftsdemokratie fehlen, was umso schwerer ins Gewicht fällt, weil die ökonomischen Vorgänge unsere Gesellschaft und den Handlungsrahmen der Politik immer massiver vorstrukturieren.

Für die Endredaktion wird vorgeschlagen, in dieses Kapitel einen Abschnitt einzufügen, der das demokratische Instrumentarium im Wirtschaftsleben systematisch beschreibt, beginnend bei den „Regeln für den Markt im Interesse des Gemeinwesens“ über „Erhalt und Vertiefung der betrieblichen Mitbestimmung“ bis hin zur „Förderung und gesetzlichen Regelung von gemeinschaftlichen bzw. genossenschaftlichen Eigentums- und Teilhabeformen, speziell auch in innovativen Branchen mit neuartigen Organisationsstrukturen.“

Mehrfach wurde gefordert, dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einen höheren Stellenwert einzuräumen. Hierbei handelt es sich um ein wichtiges Integrationssthema, das Alt und Jung in der Partei zusammenführt. Für die Endredaktion wird vorgeschlagen, das Thema ausführlicher zu behandeln und folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bedeutet zunächst in der Tat, nicht wegzuschauen, präsent zu sein, viele Menschen auf die Straßen zu bringen, überzeugend zu verdeutlichen, dass die gesellschaftliche Mehrheit für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz steht.
- Kultur und Bildung können und sollen einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus und zur Einübung demokratischer Verhaltensmuster leisten. Mit Aktionismus ist der rechten Gefahr nicht beizukommen.

- Letztlich entscheidend ist, ob es gelingt, die gesellschaftlichen Ursachen für rechtsextremes und faschistisches Gedankengut ausmerzen. Es steht die EU-weite Arbeitnehmerfreizügigkeit ins Haus. Wenn massenhaft Brandenburger und polnische Arbeitnehmer auf einem neoliberal (un)geordneten Arbeitsmarkt gegeneinander ausgespielt werden, können unsere Einrichtungen für politische Bildung noch so viele Seminare über Wohl und Fromme der freiheitlich-demokratische Grundordnung abhalten – der Rechtsextremismus wird gewaltigen Zulauf erhalten. Wenn es nicht gelingt, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen und den enormen Reichtum gerechter zu verteilen, steht die Demokratie langfristig auf verlorenem Posten. Nur die Linkspartei hat ein politisches Programm, das die Wende zu einer solidarischeren Gesellschaft einleiten kann. Das Politikangebot der Linkspartei ist der Weg zu einer nachhaltigen Demokratie in Zeiten des ökonomischen und technologischen Wandels.

Speziell von Verbandsvertretern wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die im Leitbildentwurf verknüpfte Stärkung der repräsentativen Organe und der direkten Demokratie in der kommunalpolitischen Realität durchaus nicht widerspruchsfrei ist. Das schrumpfende Interesse an der kommunalen Selbstverwaltung widerspiegelt einfach die Tatsache, dass es auf lokaler Ebene kaum mehr finanziell abgesicherte Gestaltungsspielräume gibt. Wozu sich engagieren, wenn es nicht zu entscheiden gibt? Wenn nun (konkurrierende) Parallelstrukturen entwickelt werden, innerhalb derer (partikulare) Interessen mindestens ebenso effektiv verfolgt werden können, wie über den repräsentativen Weg, dürfte das Interesse an letzterem noch mehr schwinden. Für die Endredaktion wird vorgeschlagen, das Primat der Repräsentativorgane deutlicher hervorzuheben, und zugleich anhand konkreter Beispiele (z.B. Bürgerbudget) zu beschreiben, wie repräsentative und direkte Demokratie sinnvoll miteinander verknüpft werden können.

Mehrfach wurden die Rechte für Kinder und Jugendliche thematisiert. Angesichts der sozialen und demographischen Realitäten im Lande sollte in die Endredaktion ein Passus aufgenommen werden, der eine Ausweitung der demokratischen Teilhabe für Kinder und Jugendliche konkretisiert. Schwerpunkte sollten Bildung, Kultur und Sport sowie das materielle Existenzminimum sein.

Mehrfach angesprochen wurde die Frage, wie demokratische Teilhabe in immer dünner besiedelten ländlichen Räumen praktisch funktionieren kann, und das nicht nur bei Wahlen. Die im Leitbildentwurf vorgeschlagene Ausweitung von Entscheidungskompetenzen vor Ort muss noch überzeugender formuliert werden.

### **Arbeit für ein Leben in Würde**

Der im Leitbild geforderte öffentliche Beschäftigungssektor fand (nicht gerade euphorische) Unterstützung und stieß auf keinen ernsthaften Widerspruch. Die Konkretisierung der Positionen zur Arbeitsförderung auf dem ersten Arbeitsmarkt sollte durch die arbeitsmarktpolitische Initiative der AG Arbeit in die Endredaktion eingefügt werden: „Aktive und passive Mittel der Arbeitspolitik zusammenführen um so reguläre und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse schaffen.“ Kombilohnmodelle (vom Steuerzahler subventionierter Billiglohn, Diskriminierung der Unternehmen mit fairem Lohn) werden abgelehnt.

Von jüngeren Diskussionsteilnehmern kam die Anregung, sich im Leitbild mit der Erwerbssituation von Berufseinsteigern auseinanderzusetzen. Dieser Anregung sollte in der Endredaktion unbedingt gefolgt werden. Im Kern geht es darum, dass junge Berufseinsteiger auf faktisch allen Qualifikationsniveaus durch un- oder gering bezahlte Praktika, Teilzeitentlohnung bei faktisch ganztägiger Arbeit und andere Knebelverträge geradezu sittenwidrig behandelt werden, dies aber in der Gesellschaft überhaupt nicht als Skandal wahrgenommen wird. Die Rechte der jungen Berufseinsteiger sollten in der Endredaktion erheblich prägnanter thematisiert werden.

Die mehrfach angesprochene Problematik der bevorstehenden Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU ist bereits unter dem Aspekt des Rechtsextremismus behandelt worden. Im Leitbildentwurf findet sich ein Hinweis zum Sozialdumping. Es sollte noch deutlicher als bislang formuliert werden, dass die einzige sinnvolle Konsequenz aus der europaweiten Arbeitnehmerfreizügigkeit eine europäische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist, deren Grundsätze in der EU-Verfassung zu verankern sind. Dies sollte Priorität in der Europapolitik Brandenburgs erhalten.

### **Ökologische Herausforderung als Chance**

Die große Herausforderung des Klimawandels ist nach Ansicht mehrerer Diskussionsteilnehmer im Leitbildentwurf noch nicht hinreichend gewürdigt worden. Dies betrifft auch die „spezifisch brandenburgischen“ Folgewirkungen (hydrologische Situation, Verödung, Verstepung). Vor dem Hintergrund des Weltklimaberichts steht eine Überarbeitung des Kapitels an, die zum Teil über redaktionelle Veränderungen hinausgeht und inhaltliche Fragen klären muss, was einen weiteren politischen Klärungsprozess erfordert:

- Kann der Braunkohleabbau nach den bisherigen Planungen überhaupt fortgesetzt werden, welche Alternativen für Energiegewinnung und Beschäftigung gibt es, und wie positioniert sich die Linkspartei dazu?
- Welche alternativen Energien bieten sich angesichts des Klimawandels wirklich für Brandenburg an? Führt der Ausbau nachwachsender Rohstoffe etwa zu Monokulturen, die das ökologische Gleichgewicht endgültig unterminieren und die Versteppung einleiten? Ist der Weg vom Landwirt zum Energiewirt letztlich ein Holzweg?
- Welche energiepolitischen Positionen sind heute wirklich fortschrittlich und innovativ, welche Ideen und Konzepte können breite gesellschaftliche Akzeptanz erlangen?

Die Idee, ökologische Landwirtschaft und lokale Produzenten zu selbsttragenden regionalen Wirtschaftskreisläufen zu verbinden, sollte in das Leitbild aufgenommen werden.

### **Demografischen Wandel gestalten**

Die Diskussion zum demographischen Wandel verlief zum Teil sehr kontrovers. Die Positionen reichten von „das ist alles nur herbeigeredet, um von den wirklichen politischen Problemen abzulenken“ über „das ist völkische Ideologie“ bis hin zu „die Konsequenzen müssen viel schärfer angesprochen werden.“

Nach Gewichtung der verschiedenen Stimmen sollte sich die Endredaktion von der Aufforderung leiten lassen, noch konkreter darüber nachzudenken, wie dem demografischen Wandel begegnet werden kann. Dazu zeichnen sich folgende Schwerpunkte ab:

- Welche Bedingungen müssen geschaffen werden, damit Brandenburg die bevorstehende Arbeitnehmerfreizügigkeit und Zuwanderung als Entwicklungspotenzial nutzen kann?
- Jenseits der bereits angesprochen sozialen bzw. materiellen Voraussetzungen, wie viel „fremde“ Kultur verkräftet diese Gesellschaft?
- Was wären die Eckpunkte einer Integrationspolitik, die Zuwanderung in Größenordnungen managen muss?

Mehrere Diskussionsteilnehmer unterstrichen den an sich im Leitbildentwurf ausführlich dargestellten Sachverhalt, dass in der Debatte über den demographischen Wandel die soziale Komponente immer mitzudenken ist. Das Thema der Generationengerechtigkeit sollte in der Endredaktion noch stärker zum Tragen kommen. Neben Familien, Kinder und Senioren sollten auch Vorschläge für die sozialen Sicherungssysteme unterbreitet werden, wobei stärker als bislang die Interessen der nachwachsenden Generationen zu berücksichtigen wären. Die soziale Sicherheit der „Alten“ über die Umlage auf Kosten der Jungen weiterhin zu vergesell-

schaften, aber die Absicherung der „Jungen“ durch Abbau der Umlage letztendlich zu privatisieren, ist auf Dauer eben auch kinderfeindlich.

### **Politisches Handeln solide finanzieren**

Direkt wurde dieses Kapitel faktisch gar nicht angesprochen. Mehrfach kam von Dialogpartnern der Hinweis, dass die „Wünsche“ in den jeweiligen Sachkapiteln finanziert werden müssten und dort wohl der Hase im Pfeffer liege. Die Grundidee des Leitbilds, außer für die Bildung als strategischer Hauptaufgabe in keinem Bereich mehr öffentliches Geld auszugeben, sondern einen größeren Anteil der Mittel dem zentralistischen Zugriff zu entreißen und damit die Gestaltungsspielräume der Kommunen zu erweitern, muss noch prägnanter herausgearbeitet werden.

### **Zukunft von Brandenburg liegt in der Bildung**

In der breiten Debatte fand das Thema viel Aufmerksamkeit. Von den Diskussionsteilnehmern ist jedoch eine Reihe von konkreten Anregungen gekommen, die in der Endredaktion berücksichtigt werden sollten:

- Bildung ist Lebensaufgabe, individuelles Grundrecht und gesellschaftliche Priorität. Sie muss für alle Altersgruppen und auf allen Ebenen kostenfrei sein. Nein zu Bildungsgebühren!
- Bildung muss öffentliche Aufgaben sein und bleiben! Hierzu gehört eine Finanzierung, die Spitzenqualität ermöglicht. Dies wiederum erfordert eine grundsätzliche Umschichtung der Prioritäten in den öffentlichen Haushalten, was allen Bekenntnissen zum Trotz bislang nirgendwo geschehen ist.
- Private Bildungsangebote können die individuellen Wahlmöglichkeiten erweitern. Das öffentliche Bildungsangebot darf jedoch unter keinen Umständen qualitativ zurückstehen. Nein zur Zwei-Klassen-Bildung, dem Weg in eine neue Klassengesellschaft!
- Lernen als Lebensaufgabe bedeutet lebenslanges Lernen. Die öffentlichen Bildungsangebote für Erwachsene und Senioren sollen nicht gekürzt, sondern ausgebaut werden. Die Schule erhält als Zentrum für das Lernen im Ort eine neue Funktion und Perspektive.
- Bildung und Erziehung gehören zusammen. Der Wettbewerb unterschiedlicher Erziehungsmodelle, die eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung zum Ziel haben, soll gefördert werden.
- Die regionalen Diskrepanzen im Land Brandenburg erfordern räumlich unterschiedliche Schulstrukturen mit maßgeschneiderten Konzepten für die einzelnen Regionen, von verdichteten Bildungsangeboten in den Ballungsräumen bis zu Kleinstschulen und dezentralisierten Schulformen auf dem flachen Land.

## **Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur**

Die Aussagen in diesem Kapitel wurden selten kontrovers diskutiert. Die Stärkung der industriellen Kerne als wirtschaftspolitisches Kernziel fand keinen Widerspruch. Eine Konkretisierung der Aussagen über die Zukunftsbranchen steht an. Mehrfach wurde angesprochen, dass die Konzentration auf Zukunftsbranchen und Neuansiedlungen nicht dazu führen darf, die ansässige Wirtschaft zu vernachlässigen. Es muss ein ausgewogener Mix aus Bestandspflege und Förderung von Neuansiedlung gewahrt bleiben. Um die Strategien besser auszuloten, wurde Anfang Juli 2007 eine Fachkonferenz zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung organisiert.

Im Zusammenhang mit den inhaltlichen Vermischungen in der Debatte um Zukunftsbranchen, Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und Landesplanung kann das Leitbild in der Endredaktion für größere Klarheit sorgen. Die Förderung von zukunftsfähigen Branchen, die Bestandspflege und die Landesentwicklungsplanung sollten, ohne den Blick auf- und füreinander zu verlieren, systematisch getrennt werden:

- Die Auswahl und Förderung von Zukunftsbranchen sollte unabhängig von der räumlichen Verortung und regionalen Balance strikt nach Kompetenzkriterien erfolgen. Zukunftsbranchenförderung darf nicht mit Regionalentwicklung vermischt oder verwechselt werden. Nur dann wird der Mitteleinsatz effektiv sein.
- Ebenso dürfen die Vorhaben zur Landesentwicklung nicht nach industriepolitischen Prioritäten geordnet werden. Alle Regionen haben Anspruch auf faire Chancen im Standortwettbewerb. Vorrangiges Ziel der Landesentwicklung bleiben der Erhalt und die Ausprägung vielfältiger, aber qualitativ gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Brandenburg.
- Die Bestandspflege und speziell die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, die den Löwenanteil der Beschäftigung im Land tragen, bleiben wichtige wirtschaftspolitische Aufgaben. Entsprechend müssen auch die Fördertatbestände weiterentwickelt werden.

In strukturschwachen Räumen soll die Förderung regionaler Zentren mit den Aufgaben der Landesentwicklung und Daseinsvorsorge zugleich auch wirtschaftliche Impulse setzen. Auch Stadtentwicklung und Stadtumbauförderung sollten bewusster als struktur- und wirtschaftspolitische Instrumente eingesetzt werden.

### **Starke Städte haben Zukunft**

Die Debatte um die Städte konzentrierte sich auf die Auseinandersetzung mit den konzeptionellen Ansätzen der Landesregierung (Stärken stärken, drastische Verringerung der Zahl zentraler Orte, entsprechende Veränderungen der Fördertatbestände). Allgemeiner Tenor war, förderpolitisch allen Städten gleiche Entwicklungschancen einzuräumen und Gemeinden in strukturschwachen Räumen nicht abzuschreiben. Die Folgen des demographischen Wandels sollen durch interkommunale Kooperation beherrscht werden. Städte übernehmen Versorgungsfunktionen für das Umland und sollen dementsprechend auch vom Umland unterstützt werden.

Nur selten, und wenn, dann zumeist von Dialogpartnern, wurde die Möglichkeit thematisiert, dass einige Städte und Gemeinden den demografischen Wandel nicht überleben könnten. Stadtumbau wurde in der Diskussion nicht als Problem angesprochen.

Aus heutiger Sicht besteht für dieses Kapitel nur geringfügiger redaktioneller Überarbeitungsbedarf. Inhaltlich wichtig wäre eine klare Unterscheidung zwischen möglichen räumlich-funktionalen Anpassungen im System der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. der Zentralen Orte einerseits und der Sicherung fairer Zukunftschancen für die einzelnen Städte andererseits.

## **Ländliche Räume bleiben lebenswert**

Manchen Diskussionsteilnehmern erschien die Darstellung über Charakter, Vorzüge und Chancen der dörflichen Lebensverhältnisse sowie über die Perspektiven der ländlichen Räume nicht ausführlich, grundsätzlich und positiv genug. Soziale Konflikte („alten“ Einwohnern und Zugezogene „aus der Stadt“) wurden benannt. Es gab die Forderung, die Dörfer bzw. ländlichen Räume in ihrer ökonomischen Funktion zu allererst als Lebensmittelproduzenten und erst in zweiter Linie als Hersteller nachwachsender Rohstoffe, Landschaftspfleger ect. zu behandeln – auch, was ihre Entwicklungsperspektiven betrifft.

Zwei Vorschläge sollten in die Endredaktion aufgenommen werden:

Die Agrarpolitik sollte so ausgestaltet werden, dass sie wieder Strukturpolitik wird und regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt, damit die Wertschöpfung stärker im ländlichen Raum bleibt.

Die Metropole Berlin stellt einen riesigen Markt für hochwertige Bioprodukte bzw. ökologisch erzeugte Nahrungsgüter dar. Für die Landwirtschaft Brandenburgs liegt hier ein großes und noch wenig unausgeschöpftes Entwicklungspotenzial direkt vor der Haustür.

## **Kulturland Brandenburg**

Die Grundideen des Kapitels fanden keinen Widerspruch, spielten aber in der gesamten Diskussion keine prominente Rolle.

Der Gedanke, dass Kultur für jede Region einen wichtigen Entwicklungsfaktor darstellt und gleichzeitig Identität stiftet, kann in der Endredaktion deutlicher herausgearbeitet werden. Ansonsten wurde hier bislang kein Überarbeitungsbedarf angemeldet.

## **Für eine handlungsfähige und bürgernahe Verwaltung**

Das Thema spielte in der bisherigen Diskussion zum Leitbild eine zentrale Rolle. Breite Zustimmung fand der Ansatz, die Kommunen gegen den Zentralismus der Landesregierung zu stärken. Ebenso blieb unwidersprochen, dass die gegenwärtigen administrativen Strukturen nicht geeignet sind, die Probleme des Landes in den Griff zu bekommen.

Übereinstimmung gab es bei der Feststellung, dass jede Verwaltungsreform zu allererst eine Funktionalreform sein muss. Daher ist es nötig, die Konturen der dringend anstehenden Funktionalreform konkreter zu beschreiben. Den Menschen im Land muss verständlich gemacht werden, welche Funktionen aus welchen Gründen auf welcher Ebene angesiedelt werden sollen und welcher praktische Vorteil gegenüber der heutigen Situation daraus entspringt. Mit einer solchen Argumentation kann es gelingen, den Vorrang der Funktionalreform in der breiten Öffentlichkeit überzeugend darzustellen. Eine unkonkrete Funktionalreform wird im Vergleich zur Strukturreform mit ihren handfesten räumlichen Markierungen immer blass bleiben.

Zur Strukturreform gibt es nach wie vor viele Meinungsverschiedenheiten. In der Fachkonferenz „Brandenburg der Regionen“ im April 2007 wurden sowohl Vorzüge als auch Nachteile einer Kreisgebietsreform aufgelistet.

Für den Aufbau von Regionalkreisen sprachen die klarere Interessenstrukturierung, die höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, größere finanzielle Handlungsfähigkeit, die Verwaltungseffizienz und die Selbstbehauptung gegenüber Berlin.

Dem standen – neben den zwiespältigen Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern – vor allem Befürchtungen gegenüber, dass die demokratische Kontrolle und Bürgernähe nicht gewährleistet werden kann, die Emanzipation vom Landeszentralismus doch nicht gelingt und der gesamte politische Prozess in den Großkreisen nicht mehr mit dem kommunalpolitischen Verständnis demokratischer Selbstverwaltung durch die Bürger zu vereinbaren ist.

Mehrere Diskussionsteilnehmer machten deutlich, dass die Öffentlichkeit im Land nicht gerade auf eine erneute Verwaltungsstrukturreform versessen ist. Wenn man sie machen will, braucht man überzeugende Argumente. Die Vorzüge müssen wirklich deutlich gemacht werden können.

## **Brandenburg und Berlin**

Die Diskussion um das Verhältnis zu Berlin verlief lebhaft und zwiespältig. Einerseits ist allen klar, dass die Landesentwicklung von Brandenburg nicht ohne Berlin gedacht werden kann. Natürlich profitiert das Land (wenn auch regional sehr unterschiedlich) von der Wirtschaftskraft, Vitalität und Internationalität der Metropole, ganz abgesehen von den Wissenschafts-, Kultur- und Bildungseinrichtungen der Hauptstadt. Natürlich leidet Brandenburg unter manchen Entscheidungen, die Berlin ohne Rücksicht auf sein Umland trifft.

Nach wie vor gibt es große Vorbehalte gegen Berlin, zumal auch die jüngeren Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Hauptstadt nicht selten das Gefühl vermittelt haben, nicht auf gleicher Augenhöhe behandelt und letztlich über den Tisch gezogen worden zu sein. Metropolitane Überheblichkeit gegenüber der Provinz wird sehr genau vermerkt.

Eine Mehrheit sprach sich (auf absehbare Zeit) gegen eine Länderfusion aus. Unstrittig war andererseits, dass die Zusammenarbeit gestärkt werden muss, aber auf der Basis eines gleichberechtigten Umgangs beider Länder miteinander.

Das Konzept der Metropolregion wurde mit großer Mehrheit abgelehnt: „Berlinerferne Regionen dürfen nicht abgehängt werden“, „keine Konzentration auf den Großraum Berlin“. Einige Male wurde jedoch auch angemahnt, die historisch gewachsene wechselseitige Vernetzung und gegenseitige Abhängigkeit von Berlin und Brandenburg klarer zu benennen und deutlicher zu machen, was das Land Brandenburg mit der Metropole in seiner Mitte anzufangen gedenkt.

Für die Endredaktion wird vorgeschlagen, die Bedeutung der Metropole Berlin für Brandenburg ausführlicher darzustellen und die Vorstellungen über Inhalte und Prozeduren einer vertieften Kooperation beider Länder zu konkretisieren. Auch sollten Schritte auf dem Weg zur Gemeinsamkeit genannt werden, etwa gemeinsames Leitbild, Verfassungsdiskussion, Zweikammersystem mit Abgeordnetenhaus und Regionenkammer, Definition von Konsens- bzw. Vetobereichen im Fusionsprozess.

## **Brandenburg im deutschen Föderalismus, als europäische Region und in der Welt**

Zu diesen drei Kapiteln gab es keinerlei nennenswerte Vorschläge, sodass bislang kein redaktioneller Bearbeitungsbedarf besteht.